



Niederschrift

- öffentlicher Teil -

über die
**25. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Hoch- und Tiefbau
am 19.08.2016
in Rotenburg, Kreishaus, kleiner Sitzungssaal**

Teilnehmer:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Renate Bassen
Abg. Wilfried Behrens
Abg. Heinz-Friedrich Carstens
Abg. Lothar Cordts
Abg. Angelika Dorsch
Abg. Hans-Hermann Engelken
Abg. Henning Fricke
Abg. Hans-Joachim Jaap
Abg. Thomas Lauber
Abg. Reinhard Lindenberg
Abg. Ulrich Thiart
Abg. Reinhard Trau
Abg. Heinrich Willenbrock

Vertretung für Abg. Marianne Knabbe

Verwaltung

Erster KR Dr. Torsten Lühring
BD Alfons Schulte
BOR Gert Engelhardt
Dipl.-Ing. Dittmar Hasselhof
Dipl.- Ing. Hans-Wilhelm Schröder
VA Christina Bonke
VA Andreas von Fintel
M.A.(Arch.) Sandra Kutschke

Tagesordnung:

a) öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 24. Sitzung des Ausschusses für Hoch- und Tiefbau vom 27.05.2016
- 4 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 5 Antrag des Abg. Dr. Damberg vom 28.05.2016: Illegale Großmaststall-Genehmigungen in den Gemeinden Hanstedt und Visselhövede-Buchholz
Vorlage: 2011-16/1371
- 6 Anfragen

a) öffentlicher Teil

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Die Vorsitzende **Abg. Dorsch** eröffnet die Sitzung um 9.00 Uhr und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

VA Bonke möchte die Tagesordnung um die Punkte 7.9 Sanierungskonzept Schulzentrum - Enge, Bremervörde und 7.10 Stromausschreibung ergänzen.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

Die veränderte Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 24. Sitzung des Ausschusses für Hoch- und Tiefbau vom 27.05.2016**

Beschluss:

Die Niederschrift über die 24. Sitzung vom 27.05.2016 des Ausschusses für Hoch- und Tiefbau wird mit 11 Stimmen und 2 Enthaltungen genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 2

Punkt 4 der Tagesordnung: Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten

VA Bonke berichtet zu dem Sachstand „Sanierungskonzept Engeo in Bremervörde“. Der Gutachter, das Büro Drees & Sommer aus Hamburg, habe die Bauakten studiert und mit der Bestandsaufnahme begonnen. Das Büro verfolge den ehrgeizigen Zeitplan, das Konzept „Grundsanierung oder Neubau“ bis zum Herbst 2016 zu erstellen. Voraussetzung sei, dass keine weiteren Materialproben genommen werden müssten. Dies bedeute, so **VA Bonke**, eine Beschleunigung von gut einem Jahr gegenüber der bisherigen Planung. Das Konzept könne voraussichtlich im Schulausschuss Ende dieses Jahres vorgestellt und mit dem Haushalt 2017 beschlossen werden.

VA Bonke kündigt außerdem an, dass der Energiebericht für 2015 in Kurzform erstellt und im nächsten Ausschuss für Hoch- und Tiefbau präsentiert werde.

Erster KR Dr. Lühring stellt Herrn Dipl.-Ing. Hasselhof als neuen Mitarbeiter im Amt für Wasserwirtschaft und Straßenbau vor.

Punkt 5 der Tagesordnung: Antrag des Abg. Dr. Damberg vom 28.05.2016: Illegale Großmaststall-Genehmigungen in den Gemeinden Hanstedt und Visselhövede-Buchholz Vorlage: 2011-16/1371

Abg. Dorsch erteilt dem **Abg. Dr. Damberg**, der als Besucher anwesend ist, das Wort. **Abg. Damberg** trägt seinen Antrag vom 28.05.2016 zu „Illegale Großmaststall-Genehmigungen in den Gemeinden Hanstedt und Visselhövede-Buchholz“ vor. Er bedauert den vermeintlich falschen Ausdruck „illegal“ dieser habe besser „rechtswidrig“ lauten müssen. Dennoch bliebe die Kernanfrage des Antrages bestehen. Es gelte die Kreisverwaltung im Auge zu behalten und die Bürger zu schützen.

Erster KR Dr. Lühring erwidert, die Verwaltung halte sich an die rechtlichen Vorgaben und entgegen der Begründung des Antrages sei die Rinderhaltungsanlage in Visselhövede-Buchholz bestandskräftig. Es sei kein besonderes Anliegen der Verwaltung, große Stallanlagen zu genehmigen, es gäbe aber einen Rechtsanspruch bei Anträgen, diese würden durch die Bauaufsicht auf Grundlage des jeweils geltenden Rechts bearbeitet. Entgegen den Ausführungen des Antrages sei die Genehmigung für den Stall in Hanstedt weiterhin in Kraft. Wie bekannt sei, liege der Fall beim Bundesverwaltungsgericht (BVerwG).

Abg. Carstens möchte richtig stellen, dass es sich bei dem Stall in Visselhövede-Buchholz nicht um eine Großmaststallanlage handle.

Abg. Dorsch bringt den Antrag zur Abstimmung.

Beschluss:

Antrag des Abg. Dr. Damberg vom 28.05.2016: Illegale Großmaststall-Genehmigungen in den Gemeinden Hanstedt und Visselhövede-Buchholz

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 0
Nein-Stimmen: 13
Enthaltung: 0

Abg. Dr. Damberg verlässt um 09.13 Uhr den Sitzungssaal.

Punkt 6 der Tagesordnung: **Anfragen**

Abg. Lindenberg verteilt (als Tischvorlage – *Anlage 1*) und stellt folgende Anfragen:

Anfrage 1: Zustand der Kanäle im Bereich des Bachmann-Museums,

Anfrage 2: Radwegebau in Hipstedt,

Anfrage 3: Radwegeplanung, allgemeiner Sachstand.

VA Bonke beantwortet die Anfrage zu dem Bachmann-Museum wie folgt: Die Bestandsaufnahme der Kanäle am Bachmann-Museum sei bereits abgeschlossen und zeige, dass das gesamte Kanalnetz, sowohl im Schmutzwasserbereich als auch im Regenwasserbereich, stark sanierungsbedürftig sei. Im hinteren Bereich des Bachmann-Museums, dort wo das Leitungsnetz leicht zugänglich gewesen sei, wurden bereits die Leitungen saniert. Weitere Sanierungsmaßnahmen stünden aber noch an.

Erster KR Dr. Lühring werde die konkrete Beantwortung der einzelnen Fragen dem Protokoll beifügen. *Protokollanmerkung: Beantwortung der Fragen 2 und 3 siehe Anlage 2*

Unterschwellig würde der Vorwurf einer (vorsätzlichen) Verzögerung in der Anfrage mitschwingen, dem wolle er widersprechen. Es gäbe eine vom Kreisausschuss beschlossene Prioritätenliste, welche exakt abgearbeitet werde. Zu Verzögerungen könne es jedoch aus verschiedenen Gründen immer kommen. Insbesondere müssen die erforderlichen Fördermittel bereitgestellt werden, das war in der Vergangenheit nicht immer der Fall. Es gab viele Jahre, in den lediglich eine Baumaßnahme (Straße oder Radweg) vom Land gefördert wurde. Weiterhin müsse der kommunale Anteil (Gemeinde und Landkreis) bereitgestellt sein. Weiterhin sei die Planungskapazität begrenzt. In den Spitzenjahren (2012 – 2015) habe man auf vorhandene alte Planungen zurückgreifen können, diese seien aber zwischenzeitlich aufgebraucht worden. Mittlerweile müsse wieder von Grund auf neu geplant werden.

BOR Engelhardt bestätigt, dass es ca. drei Jahre Vorbereitung bedürfe, von der Konzeption, Vorplanung, Antrag und Aufnahme in das Mehrjahresprogramm des Landes, Konkretisierung der Planung für den Antrag auf Aufnahme in das Jahresbauprogramm des Landes, nach Vorliegen des entsprechenden Zuwendungsbescheides, Detailplanung mit Vorbereitung der Ausschreibung, nach Freigabe des Landes Durchführung des Vergabeverfahrens bis zum Baubeginn. Zurzeit seien die personellen Kapazitäten wieder an ihren Grenzen angelangt. Er gibt zu bedenken, dass die Abteilung Straßenbau nicht nur die NGVFG-Maßnahmen zu bearbeiten habe, sondern daneben auch zahlreiche andere Straßenbaumaßnahmen.

BOR Engelhardt projiziert exemplarisch einige Fotos eines Abschnittes der K 116 (Heinschenwalde – Drittgeest) an die Wand. An Hand der Bilder werde deutlich, unter welchen spezifischen Bedingungen hier zu planen sei und warum die ursprünglich angenommenen durchschnittlichen Kostenansätze für diese konkrete Maßnahme bereits nach oben korrigiert werden mussten und, so sei zu befürchten, auch noch weiter steigen würden. Man habe an den gezeigten Stellen eine starke Differenz zwischen Straßenniveau und angrenzendem Gelände (Tallage / Bachniederung - Straße in Dammlage), eine Gewässerkreuzung müsse erfolgen und insbesondere müsse die Möglichkeit des Grunderwerbes geklärt werden.

Abg. Lauber fragt nach, wie es sich verhält, wenn ein Eigentümer es ablehnt, seinen Grund zu verkaufen. **Erster KR Dr. Lühring** antwortet, es gebe dann keine Möglichkeit den Radweg gegen den Willen des Grundstückseigentümers zu realisieren. Enteignungen scheiden aus, da die geringen Verkehrszahlen an den Kreisstraßen im Landkreis regelmäßig noch nicht einmal die Anordnung einer Radwegbenutzungspflicht rechtfertigten.

Abg. Cordts erkundigt sich nach der Rettungswache in Visselhövede. Er habe aus der Presse entnommen, dass das Gebäude mit Schimmel befallen und die Rettungswache zurzeit in der Kaserne untergebracht sei.

VA Bonke erwidert, es habe in der Tat einen größeren Wasserschaden von erheblichem Ausmaß in der Rettungswache gegeben. Nach Prüfung der Raumluft habe man den Betrieb in den Räumlichkeiten nicht weiter führen können. Ein Gutachter prüfe zurzeit die Verantwortlichkeit für den mutmaßlichen Baufehler. Sehr wahrscheinlich werden sich der Architekt und die Baufirma dafür verantworten müssen. Die Unterbringung in der Kaserne sei eine mit dem Rettungsdienst abgestimmte Notlösung.

BD Schulte verlässt den Sitzungssaal.

gez. Dorsch
Vorsitzende

gez. Dr. Lühring
Erster Kreisrat

gez. Kutschke
Protokollführerin